

# Debakel einer Grossmacht

*Die Türkei propagiert das Osmanische Reich als Ordnungsfaktor – dabei sah es auf dem Balkan übel aus. Von Oliver Jens Schmitt*

Über die Romane Ismail Kadare hinaus mangelt es an Wissen, wie es auf dem Balkan zur Zeit der Osmanenherrschaft genau aussah. Der verklärende Blick der heutigen Türkei hält den Realitäten nicht stand: Das osmanische Staatsversagen von damals belastet die Region bis heute.

Allen Warnungen zum Trotz betrat Karl Detroit alias Mehmed Ali Pascha die Stadt Gjakova im nordwestlichen Kosovo. Im Auftrag des Sultans sollte er die auf dem Berliner Kongress 1878 beschlossene Abtretung von Grenzgebieten des Osmanischen Reiches an Montenegro durchsetzen. Der albanisch-muslimische Angehörige der Notabeln, der ihn in seinem befestigten Haus-turm, einer Kulla, aufnahm, wusste, dass er damit sein Leben verwirkt hatte. Denn nach albanischem Gastrecht muss der Gastgeber den Gast auch dann verteidigen, wenn er dessen politische Haltung ablehnt. Tausende Krieger belagerten in der Folge die Kulla. Osmanische Regierungstruppen liessen den deutschen Neumuslim mit der Begründung «Muslim schießt nicht auf Muslim» fallen. Die Belagerten litten Durst, und der Hausherr tötete Tauben, um dem erschöpften Pascha einen Becher mit deren Blut zu kredenzen. Die Kulla wurde gestürmt und der Pascha, der dem Mob entgegnetrat, getötet.

## Mit nüchternem Blick

Die Szene erinnert an den Tod von General Charles Gordon in Khartum sieben Jahre später, als der Aufstand des Mahdi den Sudan erschütterte (1885). Im Gegensatz zu Gordon ist die ähnlich dramatische Szene in Gjakova in Hollywood nicht verfilmt worden. Doch steht sie sinnbildlich für die osmanische Herrschaft in den Randgebieten des Imperiums am Balkan.

Gegenwärtig wird mit der Verherrlichung imperialer Vergangenheit wieder grosse Politik betrieben. Die offizielle Türkei propagiert gerne die Erinnerung an das Osmanische Reich als Ordnungsfaktor. Umso nötiger ist ein nüchterner Blick auf das, was das Osmanische Reich als Staat in der Region hinterlassen hat, aus der es 1912 durch den Ersten Balkankrieg verdrängt worden ist. Es geht um die Leistungsfähigkeit des Staates, von staatlichen Institutionen, um Durchherrschung und staatliche Massnahmen zur wirtschaftlichen, besonders infrastrukturellen Förderung bedeutender Flächenprovinzen, nicht aber um das kulturelle Erbe etwa in Küche und Musik.

Im 19. Jahrhundert stand das Osmanische Reich unter zunehmendem Reformdruck. Armee und

Verwaltung wurden modernisiert (in den sogenannten Tanzimat-Reformen), um regionalen Nationalstaaten und Grossmächten zu begegnen. Die Einbindung der christlichen Bevölkerungsmehrheit am Balkan wurde kaum je ernsthaft betrieben. Die Muslime in der Region, von Bosnien bis nach Kreta, waren seit Jahrhunderten an eine privilegierte Stellung gegenüber Christen gewohnt und nicht bereit, die Politik der Gleichbehandlung – nicht Gleichstellung – der Zentralregierung umzusetzen. In Kosovo riefen albanisch-muslimische Notabeln bei der Verlesung entsprechender Reformen aus, der Sultan müsse verrückt geworden sein.

## Panislamische Ideen

Der Verlust weiter Gebiete am Balkan nach dem Berliner Kongress 1878 führte zu einer Änderung der sultanischen Politik. Sultan-Kalif Abdül Hamid setzte auf panislamische Ideen, um die Muslime vom Nationalismus abzuschirmen, der die Christen der Region erfasst hatte. Als Reaktion auf die Orient-Krise richtete die Regierung in Istanbul die neue Grossprovinz (Vilayet) Kosova ein, die neben der heutigen Republik Kosovo auch den Sandschak von Novi Pazar und Teile des heutigen Makedonien und Südserbien umfasste. Eine Provinz ohne natürliche Grenzen, dafür mit einer starken muslimischen (primär albanischen) Bevölkerung, die eine Fülle christlicher Gemeinschaften kontrollieren sollte. Nach 1878 kristallisierten sich bei den Orthodoxen bulgarische, serbische und aromunische Identitäten heraus, die wenigen Katholiken sprachen sowohl Albanisch wie Slawisch.

Die Zahl ausländischer Konsulate stieg rasch an: Österreich-Ungarn, Grossbritannien, Russland, Italien, Frankreich, aber auch Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland wirkten massiv auf die regionale Politik ein. Das Osmanische Reich hatte die Rechtmässigkeit seiner Herrschaft am Balkan gegenüber den Grossmächten zu legitimieren, gegenüber den Regionalstaaten zu behaupten und gegenüber seinen Untertanen durchzusetzen. 1912 war es in allen drei Feldern gescheitert, als Folge der eigenen Staatspolitik.

Im letzten halben Jahrhundert osmanischer Herrschaft am Balkan blieben bei einer im Übrigen extrem beschleunigten politischen Entwicklung strukturelle Neuerungen aus: 1870 wie 1912 war das Osmanische Reich nicht in der Lage, im Vilayet Kosovo regelmässig Steuern einzuziehen, Rekruten auszuheben, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen oder gar eine Volkszählung durchzuführen. Und dies, obwohl es alle Machtmittel anwandte, die ihm zur Verfügung standen, von der Einbindung und Bestechung regionaler Politiker bis hin zu massivster Gewaltausübung.

Das Debakel osmanischer Macht wurde am

Vorabend des Ersten Balkankrieges deutlich. Die Militärdiktatur der 1908 als Reformen an die Macht gelangten Jungtürken liess 1910 Hunderte Kullas, Symbol albanisch-muslimischer Widerständigkeit, mit Artillerie zerstören. Ein Jahr später kam der Sultan persönlich auf das Amselfeld: Eine Feier beim Grabmal des 1389 getöteten Sultans Murad I. sollte die Muslime um den Sultan scharen und dem serbischen einen osmanisch-muslimischen Kosovo-Mythos entgegensetzen. Vor allem aber verteilte der Sultan Entschädigungszahlungen an die Besitzer der zerstörten Häuser. Diese Kapitulation des osmanischen Staates vor den muslimischen Albanern hielt diese aber nicht davon ab, im Sommer 1912 die Hauptstadt des Vilayets, Skopje, einzunehmen und damit das Eingreifen der christlichen Nachbarstaaten, sprich den Ersten Balkankrieg, hervorzurufen.

Die Forderungen der muslimischen Albaner machen das politische Debakel des Osmanischen Reiches erst recht deutlich: Einführung des mittelalterlichen albanischen Gewohnheitsrechtes, «home rule», aber auch Massnahmen zur Entwicklung der Wirtschaft. Tatsächlich hatte das Osmanische Reich über Jahrzehnte nur in einem Bereich wesentlich investiert: in einen (dysfunktionalen) Sicherheitsapparat. 1912 gab es im ganzen Vilayet keine modernen Strassen und nur eine von Saloniki bis nach Mitrovica führende Bahnlinie. Daneben herrschten muslimische Grundbesitzer über zumeist christliche Pachtbauern, die mit mittelalterlichen Methoden Landwirtschaft betrieben. Moderne Technologie gab es fast gar nicht. Das Sägewerk einer mit Serbien sympathisierenden albanischen Ortsdynastie in Mitrovica war eine Ausnahme. Das Schulsystem war nach religiöser Zugehörigkeit gegliedert und erreichte nur sehr wenige Kinder. Im Bergland des heutigen Westkosovo und Westmakedonien betrieben ganze albanisch-muslimische Dörfer traditionell Raub und Entführung als Gewerbe.

Armee und Gendarmerie waren zu keinem Zeitpunkt in der Lage, die öffentliche Sicherheit auf dem Territorium der Grossprovinz zu garantieren. Vielmehr mussten Bandenführer wie der heute bei Albanern als Held verehrte Bajram Curri (nach dem in Albanien eine Kleinstadt benannt ist) zu Polizeioffizieren ernannt werden, ein alter osmanischer Brauch, der aber stets den Bock zum Gärtner machte. Das Gegenmodell, der Einsatz ausserregionaler Würdenträger wie Mehmed Ali Pascha oder aus Anatolien stammender Offiziere und Soldaten, verbesserte die Sicherheit auch nicht. Die osmanische Regierung stand vor einem sicherheits- und staatspolitischen Dilemma: Gegen die Staatsautorität wehrte sich jene Gruppe, die Muslime, am meisten, auf die das Reich für den Schutz der Grenzen gegen die christlichen Nachbarstaaten dringend angewiesen war.

Muslimische Albaner stellten das Rückgrat der irregulären Kämpfer, aber auch vieler Einheiten der osmanischen Armee. Sicherheitspolitik bedeutete auch, dem staatlichen Gewaltmonopol Nachdruck zu verleihen. Legal Waffen tragen durften nur Muslime, für die nach albanischem Gewohnheitsrecht die Waffe erweiterter Teil der Persönlichkeit war – Entwaffnung wurde als eine Form der Entmannung angesehen und war daher aus soziokulturellen Gründen kaum durchsetzbar. Jedoch konnte staatlicher Gerichtsbarkeit nur bei Entwaffnung der Bevölkerung Respekt verschafft werden. Das Reich fand aus diesem Dilemma nicht heraus.

Die Folgen waren fatal: Denn das Machtgefälle zwischen bewaffneten Muslimen und den Christen, die bestenfalls illegal Waffen besaßen, war enorm.

### Physische und strukturelle Gewalt

Die Berichte der österreichischen Konsuln, Schlüsseldokumente zur Epoche, ändern sich zu dieser Frage über fünfzig Jahre kaum. Am Vorabend des Ersten Balkankrieges stellte ein – notabene eigentlich proalbanischer – Konsul fest, Christen zu plagen und zu terrorisieren, sei «Nationalsport» der muslimischen Albaner. Physische und strukturelle Gewalt durch Muslime sind ein Hauptcharakteristikum des Alltags an der balkanischen Peripherie des Osmanischen Reiches. Die Gründe waren vielfältig: Christen waren seit je Untertanen zweiter Klasse, und dies hatte sich in der Mentalität der Muslime tief eingepägt. In Zonen erheblicher Staatsferne verschärfte sich dies durch den weitgehenden Mangel behördlicher Kontrolle. Doch selbst wo diese vorhanden war, bestanden die Behörden aus Muslimen, die Verbrechen an Christen in der Regel nicht ahndeten. Staatsschwäche und religiöse Behördenkonivenz mit Delinquenten verhinderten schon im Ansatz jede Loyalität von Christen zum osmanischen Staat.

Die Förderung panislamischer Ideen verschärfte die Lage zusätzlich: In der Grossen Orientkrise (1875–1878) kam es in Kosovo zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Christen. Die sogenannte Liga von Prizren, heute als albanischer Protostaat gefeiert, war eher ein Bund muslimischer Notabeln mit christenfeindlicher Tendenz. Weitere Zusammenschlüsse muslimischer Albaner, etwa die sogenannte Liga von Peja (1899), standen ganz unter dem Einfluss konservativ-islamischer Gruppen. Die osmanische Regierung unterband mit der Staatsideologie des Islamismus erfolgreich die albanische Nationalbewegung im heutigen Kosovo und Makedonien und spaltete Muslime und Christen.

Die einseitige Bevorzugung der Muslime erhöhte aber deren Reformfreudigkeit nicht. Das Bergland entzog sich der Staatskontrolle fast vollständig, im Nordwesten bestanden die alten Stammesgebiete fort. Muslimische Stammeskrieger plünderten regelmässig die mehrheitlich muslimischen Städte der Ebenen aus. Oftmals verschanzten sich osmanische Truppen in ihren Kasernen. Als im Zuge einer Polizeireform nach 1903 serbisch-orthodoxe Polizisten eingestellt wurden, erbitterte dies die muslimische Bevölkerung derart, dass die Ordnungshüter Armeeschutz suchen mussten. Besonders deutlich rebellierten ländliche Regionen gegen die staatliche Autorität, wenn sie Steuereintreiber und Volkszählungsbeamte verjagten, das zumeist ausländische Bahnpersonal bedrohten und hohe osmanische Beamte zwangen, mit Draisinen fluchtartig ihre Posten zu verlassen.

Etwas beruhigen liess sich die Lage, wenn die osmanische Regierung regionale Machtstrukturen duldete, die an heutige Verhältnisse erinnern: In jedem grösseren Ort, Prizren, Gjakova, Mitrovica, Pristina, sassen lokale Machthaber, oftmals zwei konkurrierende Fraktionen, deren Anführer gerne vom Sultan und von ausländischen Mächten Geld, Ehren und Waffen entgegennahmen, selbst in Schmuggelgeschäfte und kriminelle Aktivität (Erpressung christlicher Geschäftsleute) verwickelt waren und die Vielzahl internationaler Akteure vor Ort ausnutzten, um ihren politischen Spielraum zu erweitern. Kaum ein albanisch-muslimi-

scher Politiker nahm nicht auch Geld und Waffen von Serbien und Montenegro, freilich ohne dabei deren Parteigänger zu werden. Sie blieben dem fernen Sultan-Kalifen in Loyalität verbunden, lehnten aber dessen Vertreter vor Ort ab.

Staatsferne ist ein Kernstück des osmanischen Erbes. Die Bilanz des Jahres 1912 ist bedrückend: Die strukturelle Diskriminierung von Christen erklärt deren Rachebedürfnis und Gewalt gegen Muslime in den Balkankriegen. Es fehlte jede Erfahrung politischer Teilhabe, Bildung und Gesundheitsversorgung waren fast inexistent. Voraussetzungen für den Übergang einer vormodernen Agrargesellschaft in die Verhältnisse des europäischen 20. Jahrhunderts fehlten ganz. Schwer lastet das osmanische Staatsversagen bis heute auf den Regionen des inneren Balkans.

---

Prof. Dr. **Oliver Jens Schmitt** lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien. Die von ihm geleitete fünfbändige Edition der k. u. k. Konsulatsberichte aus dem Vilayet Kosovo wird gefördert vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF).